

## **Amtsgericht Ratingen**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 14.04.2026, 09:30 Uhr,  
1. Etage, Sitzungssaal 13, Düsseldorfer Str. 54, 40878 Ratingen**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Ratingen, Blatt 18348,  
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Ratingen

2419/100.000stel Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Ratingen Flur  
24 Flurstück 1046, Gebäude- und Freifläche, Brückstraße 4, 2, 6, Größe: 1.652 m<sup>2</sup>  
verbunden mit den Sondereigentum an der Wohnung -nebst Kellerraum im  
Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichnet.

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um eine ca. 78,27 qm große Drei-Zimmer-  
Wohnung mit Küche, Diele, Bad/WC, Terrasse im Erdgeschoss des  
Mehrfamilienhauses Brückstr. 6 in Ratingen. Zudem ein Sondernutzungsrecht an einer  
Gartenteilfläche.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 17.12.2024  
eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

223.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der

Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.